



# Unternehmensfinanzierung

## AKTUELL

28. Mai 2025

### Inhalt/Überblick

#### **Deutsche Wirtschaft überrascht zum Jahresstart**

Die Wirtschaft ist mit 0,4 % Wachstum ggü. Vorquartal überraschend positiv ins Jahr gestartet. Notwendig für eine echte Trendwende sind grundlegende Wirtschaftsreformen. 2025 könnte die Wirtschaft zunächst noch stagnieren, 2026 dann mit 1,4 % wachsen.

2

#### **Unternehmen spüren weiterhin wirtschaftliche Unsicherheit**

Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen bleibt trotz leichtem Optimismus zurückhaltend. Geopolitische Spannungen und wirtschaftspolitische Unsicherheit erschweren unternehmerische Investitionsentscheidungen.

5

#### **Kreditvergabe zeigt wenig Dynamik**

Die Kreditnachfrage in Deutschland blieb im 1. Quartal 2025 schwach. Das ausstehende Kreditvolumen wuchs um 0,3 % ggü. Vorjahr auf 1.134 Mrd. Euro. Die Vergabebedingungen im gesamten Euroraum spiegeln die gestiegenen Unternehmensrisiken wider.

7

#### **Neue Bundesregierung muss Reformen vorantreiben**

Mit dem Sondervermögen setzt die Bundesregierung wichtige Impulse. Entscheidend sind nun Reformen, Planungsbeschleunigung und die gezielte Einbindung privaten Kapitals.

9

#### **Finanzierung der Verteidigungsindustrie erfordert Planungssicherheit**

Um Investitionen im Verteidigungsbereich zu steigern, sind politische Planungssicherheit und insgesamt verlässliche Rahmenbedingungen erforderlich.

10

#### **Die jüngste US-Politik zeigt deutliche Auswirkungen auf Kapitalmärkte**

Der Zollkonflikt mit den USA treibt Volatilität und Verschiebungen im Währungskurs.

11

## **Deutsche Wirtschaft überrascht zum Jahresstart**

Entgegen den ursprünglichen Erwartungen ist die deutsche Wirtschaft überraschend positiv in das Jahr 2025 gestartet. Im ersten Quartal dieses Jahres stieg die gesamtwirtschaftliche Leistung um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal. Damit liegt das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wieder auf dem Niveau der ersten drei Monate 2024.

Ein wichtiger Beitrag zum Wirtschaftswachstum im ersten Quartal dieses Jahres kam von der stärkeren Exportnachfrage aus den USA. Als unmittelbare Reaktion auf die ersten Zollankündigungen der neuen US-Regierung haben viele Unternehmen in den Vereinigten Staaten Importe vorgezogen. Laut Statistischem Bundesamt legten insbesondere die Ausfuhren für Arznei und Autos – bedeutende Exportgüter für den US-Markt – deutlich zu. In der US-Wirtschaft kam es dadurch zu einem Lageraufbau. Die stärkeren amerikanischen Importe haben das BIP jenseits des Atlantiks zum Jahresbeginn überraschenderweise sogar leicht schrumpfen lassen.

Zusammen mit den Exporten – die deutschen Exporte stiegen in den ersten drei Monaten um 3,2 % gegenüber dem Vorquartal – haben die „Vorzieheffekte“ der Industrieproduktion in Deutschland einen Schub gegeben. Nachdem die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im vergangenen Jahr insgesamt um 3,2 % gesunken war, konnte sie in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 1,7 % (saisonbereinigt ggü. dem Vorquartal) zulegen. Darüber hinaus waren aber auch die Ausrüstungsinvestitionen (+0,7 % ggü. dem Vorquartal) und die Konsumausgaben der privaten Haushalte (+0,5 % ggü. dem Vorquartal) zum Jahresbeginn deutlich im Plus.

## **Zoll-Gegenwind für die deutsche Wirtschaft**

Es wäre allerdings voreilig, in dem positiven Jahresstart bereits eine vollzogene Trendwende zu sehen. Dafür sind die wirtschaftlichen Stimmungsindikatoren noch zu schwach. Mehr noch: Die US-Zollerhöhungen (25 % „Sonderzölle“, 10 % „Basiszoll“) werden die deutsche Exportwirtschaft in den kommenden Monaten spürbar belasten. Diese Zölle gelten unabhängig von den zurzeit bis Anfang Juli 2025 ausgesetzten „Gegenzöllen“. Und: das Ergebnis der Handelsgespräche zwischen der Europäischen Kommission, die die Handelspolitik für die gesamte EU verhandelt, und der US-Regierung ist weiterhin offen.

Aus heutiger Sicht ist deshalb für das zweite Quartal 2025 ein erneuter konjunktureller Dämpfer für die deutsche Wirtschaft zu befürchten. Die Deutsche Bundesbank prognostiziert für das BIP von April bis Juni dieses Jahres eine Stagnation. Aber auch für die zweite Jahreshälfte bleibt die konjunkturelle Zuversicht zunächst verhalten. In fast allen Wirtschaftsprognosen wurde der Beginn eines möglichen Aufschwungs inzwischen auf das kommende Jahr geschoben. Im Durchschnitt des laufenden Jahres dürfte die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland daher bestenfalls geringfügig um etwa 0,2 bis 0,3 % wachsen.

## Hoffnung auf Impulse durch die neue Bundesregierung

Von der neuen Bundesregierung werden wichtige wirtschaftspolitische Weichenstellungen erwartet. Der Koalitionsvertrag enthält gute Ansätze für hilfreiche Strukturreformen, etwa auf dem Arbeitsmarkt, beim Bürokratieabbau und bei der Unternehmensbesteuerung. Entscheidend ist die zügige und konsequente Umsetzung dieser Vorhaben. Dabei sollte sich die Bundesregierung prioritär von dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziel leiten lassen, das jährliche Wachstumspotenzial von derzeit knapp 0,5 % auf über 1 % zu steigern.

Das von Bundestag und Bundesrat beschlossene Fiskalpaket (Sondervermögen Infrastruktur, Reform der Schuldenbremse) erhöht den Spielraum der Finanzpolitik deutlich. Allerdings werden die positiven Effekte des Fiskalpakets wohl erst ab 2026 in den Wirtschaftsdaten sichtbar sein. Im kommenden Jahr hält der Bankenverband dann in Deutschland ein Wirtschaftswachstum von bis zu 1,4 % (ggü. Vorjahr) für möglich.

## Inflation kratzt an der Zielmarke

Seit Jahresbeginn bewegt sich die Inflation in Deutschland und im Euroraum mit Trippelschritten in Richtung der 2-%-Zielmarke der Europäische Zentralbank (EZB). Trotz kräftiger Abschwächung bei den Energiepreisen kam es zuletzt nur zu einem leichten Rückgang der Teuerungsrate. Grund dafür sind die weiterhin preistreibenden Effekte im Bereich der Dienstleistungen. Die Kerninflation (Inflationsrate ohne die besonders schwankungsanfälligen Preise für Energie und Nahrungsmittel), ist sowohl in Deutschland als auch im Euroraum zuletzt wieder gestiegen.

Die Inflationsentwicklung in den kommenden Monaten wird insbesondere von den weiteren Wendungen der Handelskonflikte und der US-Zollpolitik abhängen. Kurzfristige Effekte der Zollpolitik – wie ein schwächeres Wirtschaftswachstum in Europa, die jüngste Aufwertung des Euro, die gesunkenen Rohölpreise und die mögliche Umlenkung chinesischer Exporte von den USA nach Europa zu niedrigeren Verkaufspreisen – können dazu führen, dass die Inflationsrate in diesem Sommer im Euroraum sogar leicht unter die 2 %-Marke fällt. Die mittel- und langfristigen Zolleffekte unterliegen jedoch großer Unsicherheit und hängen von den weiteren Verhandlungen im Handelskonflikt ab. Hinzu kommen eine mittelfristig expansivere Finanzpolitik im Euroraum sowie die Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit in der Währungsunion auf einem historischen Tiefstand liegt. Vor diesem Hintergrund erwarten wir im Jahresdurchschnitt 2025 sowohl für Deutschland als auch für die Währungsunion insgesamt eine Inflationsrate von 2,2 %.

## Weitere Leitzinssenkungen erwartet

Die EZB hat ihren Zinssenkungskurs fortgesetzt und die Leitzinsen zuletzt am 17. April 2025 um jeweils 25 Basispunkte gesenkt. Derzeit liegt der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 2,25 %. Somit sind die Leitzinsen der EZB inzwischen sicher im neutralen Bereich angekommen. Das heißt, sie wirken weder stimulierend noch bremsend auf die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum.

Mit Blick auf die mögliche Abschwächung der Inflation auf unter 2 % in den Sommermonaten und die – gerade in den großen Euro-Staaten – weiterhin gedrückten Wirtschaftsperspektiven geht die Mehrheit der Marktakteure in diesem Jahr von mindestens zwei bis drei weiteren Leitzinssenkungen der EZB aus. Für die nächste Ratssitzung der EZB am 5. Juni 2025 ist eine Zinssenkung um 25 Basispunkte an den Finanzmärkten bereits vollständig eingepreist. Gemessen an den aktuellen Markterwartungen ist zum Jahresende mit einem Leitzins von 1,5 % bis 1,75 % zu rechnen.

Wegen der weiterhin sehr hohen Unsicherheit bezüglich der mittel- und längerfristigen Preisentwicklung sollte die EZB ihren Leitzins nicht übereilt in den expansiven Bereich steuern. Die Obergrenze für diesen Bereich dürfte bei 2 % liegen. Die europäischen Währungshüter würden deshalb keinen Fehler begehen, wenn sie bei einem Leitzins von 2 % eine längere Zinspause einlegen würden und nicht zu stark auf mögliche kurzfristige „Preisdellen“ reagieren.

Nur zur Erinnerung: Bereits im Herbst letzten Jahres rutschte die Inflationsrate im Euro-Raum kurzzeitig auf 1,7 %, um dann in den folgenden Monaten wieder auf bis zu 2,5 % zu steigen. Und: Auch strukturelle Faktoren, wie der demografische Wandel, die Transformation der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit und die Neujustierung der globalen Produktions- und Lieferketten sprechen dagegen, dass die Inflationsrate im Euroraum über eine längere Phase unter der Zielmarke der EZB von 2 % verharrt.

## **Unternehmen spüren weiterhin wirtschaftliche Unsicherheit**

### **Investitionsbereitschaft bleibt trotz erster Signale verhalten**

Die deutsche Unternehmenslandschaft startete mit vorsichtigem Optimismus ins Jahr 2025. Laut ifo Institut planen 30 % der Unternehmen, ihre Investitionen im laufenden Jahr zu erhöhen. Zugleich ist der Anteil der Unternehmen, die Kürzungen vorsehen, von 31 % im November 2024 auf 27 % im März 2025 gesunken. Trotz dieser Tendenz bleibt das Investitionsniveau insgesamt sehr zurückhaltend – ein Ausdruck struktureller und konjunktureller Unsicherheit.

### **Globale Unsicherheiten dämpfen Planung und Standortentscheidungen**

Ein zentrales Hemmnis für Investitionen bleibt die geopolitische Unsicherheit. Besonders die von der US-Regierung angekündigten Zollmaßnahmen und die damit verbundenen Handelskonflikte stellen die deutsche Industrie vor neue Herausforderungen. Die Vereinigten Staaten waren im Jahr 2024 mit 161 Mrd. Euro der größte Absatzmarkt für deutsche Unternehmen.

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) schätzt, dass sich die wirtschaftlichen Belastungen durch US-Zölle zwischen 2025 und 2028 auf bis zu 180 Mrd. Euro summieren könnten. Neben der Automobilindustrie betrifft dies auch Zulieferer und exportorientierte Mittelständler anderer Branchen. Die daraus resultierende Unsicherheit in der Handels- und Standortpolitik wirkt direkt auf die Investitionsentscheidungen vieler Unternehmen. Strategische Planungen werden verschoben, Kapazitätserweiterungen aufgeschoben oder ganz gestrichen.

### **Start-up-Sektor zeigt Dynamik – Venture Capital mit verhaltener Erholung**

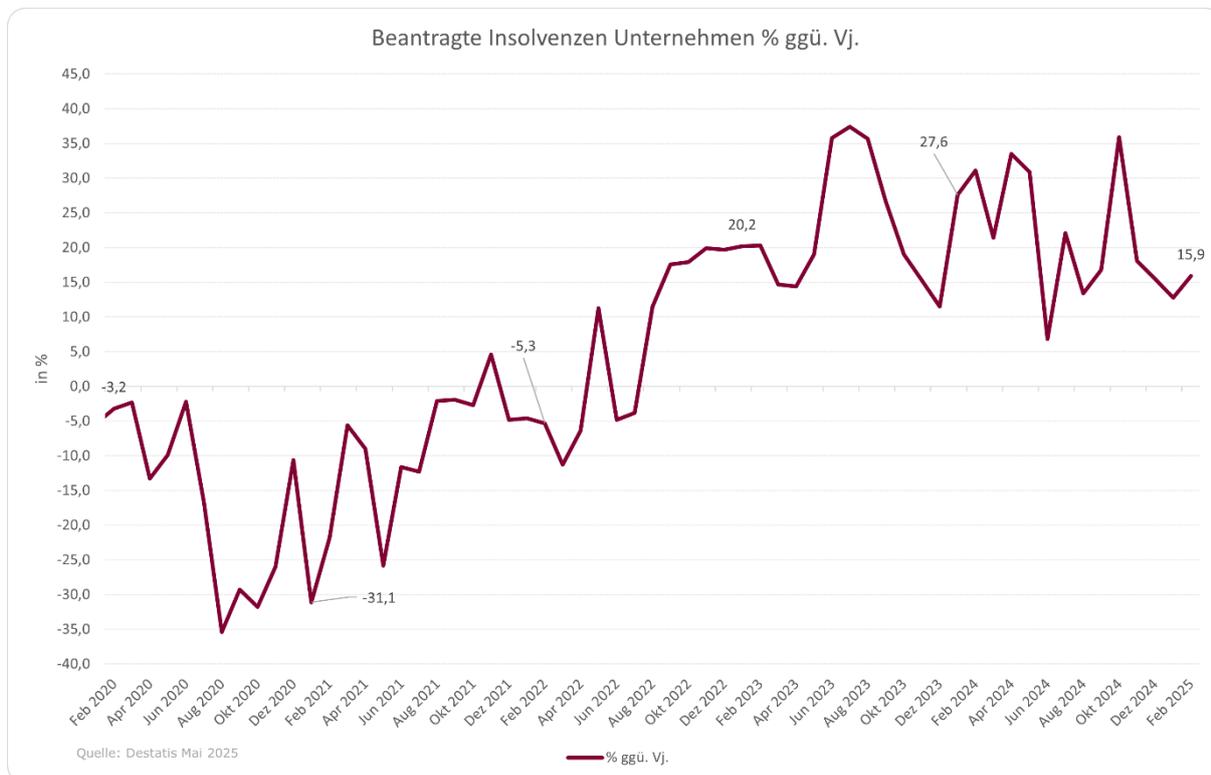
Der deutsche Start-up-Sektor entwickelte sich im Jahr 2024 trotz eines herausfordernden Umfelds positiv. Laut KfW-Gründungsmonitor wurden 2.766 neue Start-ups gegründet – ein Anstieg von 11 % gegenüber dem Vorjahr. Besonders viele Gründungen entfielen auf den Softwarebereich, was die anhaltende Innovationsdynamik in technologiegetriebenen Branchen wie der Künstlichen Intelligenz unterstreicht.

Passend dazu verzeichnete der Venture Capital-Markt im ersten Quartal 2025 eine moderate Erholung. In 295 Finanzierungsrunden wurden laut KfW Venture Capital Dashboard rund 1,6 Mrd. Euro investiert, was einem Anstieg von 14 % gegenüber dem Vorquartal entspricht. Der Markt blieb damit allerdings unter dem Durchschnitt des Vorjahres.

Um das Innovationspotenzial des Standorts Deutschland voll auszuschöpfen, bedarf es weiterer Anstrengungen. Die Rahmenbedingungen für Gründungen müssen verbessert und der Zugang zu Wagniskapital ausgebaut werden. Die mit der WIN-Initiative 2024 angekündigten Gesetzesreformen sollten zeitnah umgesetzt werden.

### Insolvenzen steigen – wirtschaftliche Belastungen bleiben spürbar

Die angespannte Gesamtlage zeigt sich in der Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen. Für den Februar 2025 meldeten die Amtsgerichte nach endgültigen Ergebnissen 2.068 beantragte Unternehmensinsolvenzen, das waren 15,9 % mehr als im Februar 2024.

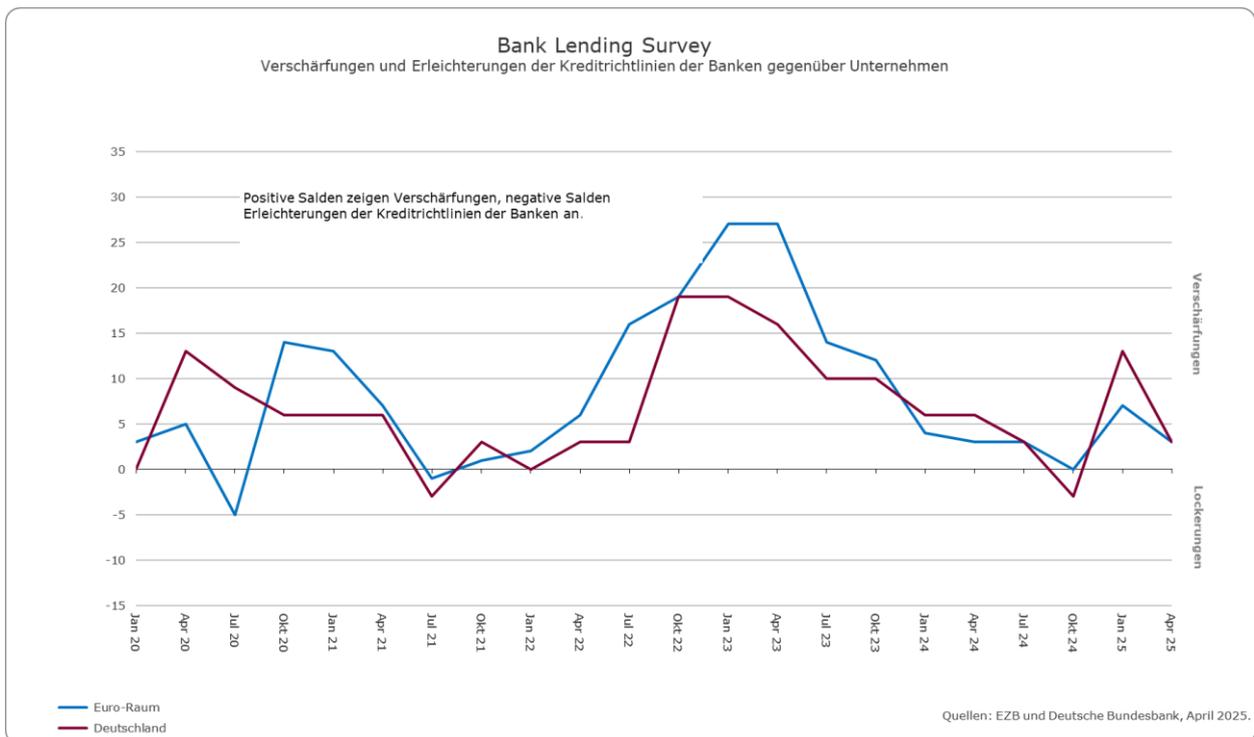


Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg die Zahl der Regelinsolvenzen im April 2025 jedoch nur noch um 3,3 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Damit setzte sich der Anstieg der Insolvenzen weiter fort, jedoch nur im einstelligen Prozentbereich. Für das Gesamtjahr 2024 wurde ein Anstieg auf rund 21.800 Unternehmensinsolvenzen verzeichnet. Für das Jahr 2025 rechnen Analysten mit einem weiteren Anstieg auf bis zu 26.000 Fälle. Als Gründe nennen Auswertungen unter anderem hohe Energiepreise, strukturelle Standortkosten, schwache Nachfrage in zentralen Branchen sowie anhaltende Unsicherheiten bei Aufträgen.

## Kreditvergabe zeigt wenig Dynamik

### Kreditvergabe spiegelt Unternehmensrisiken wider

Im ersten Quartal 2025 berichteten die Banken in Deutschland und im gesamten Euro-Raum laut Bank Lending Survey (BLS) der Europäischen Zentralbank von einer weiteren – leichten – Verschärfung ihrer Kreditvergabestandards für Unternehmenskredite. Als Grund dafür werden höhere Risiken im Hinblick auf die allgemeine wirtschaftliche Lage sowie unternehmensspezifische Aussichten genannt. Allerdings ist die Verschärfung geringer als im vorherigen Quartal.



Auch die Nachfrage nach Unternehmenskrediten nahm laut Banken im Euroraum leicht ab. Ergänzt wird dieses Bild durch die Angaben von Unternehmen (KfW-ifo-Kredithürde): Der Anteil mittelständischer Unternehmen, die im ersten Quartal 2025 aktiv Kreditverhandlungen führten, sank leicht von 21,1 auf 19,9 % (ggü. Vorquartal). Auch bei den Großunternehmen war ein leichter Rückgang auf 27,2 % zu verzeichnen (-0,8 Prozentpunkte). Gleichzeitig gaben 33,8 % der mittelständischen Unternehmen an, das Verhalten ihrer Banken in Kreditverhandlungen als „restriktiv“ wahrzunehmen. Diese Entwicklung zeigt: Banken müssen aufgrund gestiegener Risiken sorgfältiger prüfen und höhere Anforderungen an Transparenz, Bonität und Kapitaldienstfähigkeit stellen.

## Kreditvergabe in Deutschland

Nach Angaben der Bundesbank erhöhte sich das Gesamtvolumen ausstehender Kredite an Unternehmen und wirtschaftlich Selbständige in Deutschland im ersten Quartal 2025 um 0,4 % (ggü. Vorquartal) und 0,3 % (ggü. Vorjahr) auf 1.134 Mrd. Euro. Damit lag die Wachstumsrate nach Phasen negativer Entwicklung sowohl im Jahres- als auch im Quartalsvergleich wieder im positiven, wenn auch niedrigen Bereich.

### Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich Selbständige (Ohne Wohnungsbau sowie ohne Finanzierungsinstitutionen und Versicherungen)

Quartal	Insgesamt*	Kreditbanken	Sparkassen	Landesbanken	Kreditgenossen
<b>Stand Quartalsende in Mrd. €</b>					
Q1/2021	1.023,52	296,39	294,23	116,00	215,39
Q1/2022	1.064,06	307,56	304,73	120,86	226,52
Q1/2023	1.136,64	338,98	314,80	127,45	237,15
Q1/2024	1.132,59	336,25	315,34	127,19	243,06
Q2/2024	1.135,19	337,97	314,41	127,78	244,48
Q3/2024	1.131,78	334,21	314,29	127,54	245,40
Q4/2024	1.129,73	333,46	313,85	126,65	247,01
Q1/2025	1.134,18	334,03	313,94	137,70	248,86
<b>Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum (in %)</b>					
Q1/2021	2,4	-2,2	3,3	0,0	5,7
Q1/2022	4,0	2,9	3,6	0,0	5,5
Q1/2023	6,9	9,9	3,4	5,6	5,1
Q1/2024	-0,6	-1,7	0,2	0,1	2,5
Q2/2024	-0,7	-2,0	-0,3	0,2	2,1
Q3/2024	-0,3	-2,1	-0,4	1,3	2,3
Q4/2024	-0,1	-0,6	-0,2	-0,4	2,4
Q1/2025	0,3	-0,2	-0,5	1,5	2,5
<b>Veränderungen gegenüber Vorquartal (in %)</b>					
Q1/2021	1,9	2,2	0,8	5,7	1,6
Q1/2022	2,5	3,1	1,7	0,8	1,8
Q1/2023	0,5	2,2	0,9	1,1	1,0
Q1/2024	0,0	0,1	0,1	-0,3	0,6
Q2/2024	0,2	0,4	-0,2	0,5	0,6
Q3/2024	-0,3	-1,1	0,0	-0,3	0,5
Q4/2024	-0,1	-0,1	-0,1	-0,3	0,6
Q1/2025	0,4	0,5	-0,1	1,6	0,8

\* Zum Berichtskreis gehören zusätzlich Realkreditinstitute, Bausparkassen und Banken mit Sonderaufgaben.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Mai 2025. Die Wachstumsraten werden berechnet auf Basis der statistisch bereinigten Veränderungen pro Quartal.

## **Neue Bundesregierung muss Reformen vorantreiben**

### **500 Mrd. Euro für Infrastruktur und Transformation**

Die Bundesregierung hat mit der Einrichtung eines Sondervermögens in Höhe von 500 Mrd. Euro einen bedeutenden Schritt zur Stärkung der öffentlichen Investitionsfähigkeit unternommen. Das Sondervermögen ist auf zehn Jahre angelegt und soll in die Bereiche Verkehr, Digitalisierung, Bildung, Energieversorgung und Klimaschutz fließen. Von den 500 Mrd. Euro sind 100 Mrd. Euro für die Länder vorgesehen, weitere 100 Mrd. Euro fließen in den Klima- und Transformationsfonds. Die verbleibenden 300 Mrd. Euro stehen dem Bund für zusätzliche Investitionen zur Verfügung.

### **Reformen als Schlüssel zur Wirkung**

Damit das Sondervermögen seine Wirkung entfalten kann, sind begleitende wirtschaftspolitische Reformen unerlässlich. Insbesondere der Abbau bürokratischer Hürden und die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sind entscheidend, um die bereitgestellten Mittel effizient und zeitnah in konkrete Projekte umzusetzen. Nur unter entsprechenden Rahmenbedingungen kann sichergestellt werden, dass die Investitionen tatsächlich bei der Wirtschaft ankommen und die gewünschte Transformations- und Wachstumswirkung entfalten.

### **Kombination von öffentlichem und privatem Kapital**

Aus Sicht des Bankenverbandes ist es entscheidend, dass das Sondervermögen nicht nur als rein staatliches Investitionsprogramm verstanden wird, sondern auch als Impulsgeber für zusätzliche private Investitionen wirkt. Die Kombination und gezielte Hebelung öffentlichen Kapitals mit privatem Kapital – etwa über Garantien, Beteiligungsmodelle oder Kofinanzierungen – kann die Effizienz und Reichweite des Programms deutlich erhöhen. Gerade im Finanzierungsbereich verfügt der Bankensektor über das notwendige Know-how und die strukturellen Instrumente, um Projekte effektiv zu begleiten.

## **Finanzierung der Verteidigungsindustrie erfordert Planungssicherheit**

### **Investitionen erfordern klare politische Rahmenbedingungen**

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Die Europäische Union und Deutschland stehen vor der Aufgabe, ihre Verteidigungsfähigkeit rasch und dauerhaft zu stärken. Die angekündigten Mehrausgaben für Verteidigung in Deutschland (nach entsprechender Lockerung der Schuldenbremse) und das ReArm Europe-Programm der EU-Kommission von März 2025 zur Mobilisierung von bis zu 800 Mrd. Euro für staatliche Verteidigungsausgaben setzen entsprechende Signale.

Die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit verlangt entsprechende Planung und Ausgaben durch den Staat. Auf dieser Basis und bei entsprechender Planungssicherheit können Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) investieren bzw. produzieren und gemeinsam mit dem Finanzsektor die notwendige Finanzierung abbilden.

### **Bankfinanzierung**

Die Bankfinanzierung der Verteidigungsindustrie folgt grundsätzlich denselben ökonomischen Prinzipien wie in anderen Sektoren: Investitionen müssen wirtschaftlich planbar und tragfähig sein. Gerade mit Blick auf mittelständische Unternehmen, die vielfach Schlüsselrollen in Lieferketten und Innovationspartnerschaften übernehmen, ist Planungssicherheit entscheidend. Eine unklare Auftragslage oder fragmentierte Beschaffungsprozesse können Investitionen und auch deren Finanzierung bremsen.

### **Innovation**

Technische Innovation in Forschung und Industrie dürfte in dieser Branche eine zunehmende Rolle spielen, daher muss auch das Finanzierungsinstrumentarium für diese Innovation breit und modern sein. Neben konventionellen Bankkrediten müssen insbesondere Wagniskapital (Venture Capital) und Finanzinstrumente des Kapitalmarkts zum Einsatz kommen. Daneben können auch Förderprodukte etwa der Europäischen Investitionsbank oder des Europäischen Investitionsfonds helfen.

## Die jüngste US-Politik zeigt deutliche Auswirkungen auf Kapitalmärkte

Die jüngste Zollpolitik der US-Regierung hat im international eng verflochtenen Welthandel zu erheblicher Unruhe geführt. Das gilt nicht nur für den Güterhandel und die geplanten Investitionen von Unternehmen, sondern auch für die Kapitalmärkte. Zu beobachten waren starke Kursschwankungen an den Aktienmärkten sowohl in den USA als auch in Europa, Zinssprünge bei US-Staatsanleihen sowie Änderungen im USD-Euro-Kurs. Im Zuge dieser Entwicklung stieg aus Sicht der Investoren die relative Attraktivität des europäischen Marktes und verstärkte sich der Kapitalzufluss nach Europa. Zugleich schien die US-Regierung ihrerseits auf die Marktbewegungen zu reagieren, indem sie nach Wegen aus dem Zollstreit suchte.

Die EU-Kommission sollte in dieser Situation darauf zielen, in Verhandlungen mit der US-Regierung eine belastbare Lösung im Zollstreit zu finden und so zu einer Beruhigung – auch der Märkte – beizutragen. Darüber hinaus bedarf es einer Verständigung, wie die transatlantischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen dauerhaft im beiderseitigen Interesse weiterhin Erfolg haben können. Zudem sollte die EU – und ihre Mitgliedstaaten – die jüngste Entwicklung als Auftrag verstehen, die Wettbewerbsfähigkeit und damit Attraktivität des EU-Binnenmarkts und -Kapitalmarkts zu festigen, denn nur so ließe sich das Interesse der Investoren an der EU-Wirtschaft langfristig halten.

Diese und weitere Aspekte der jüngeren US-Politik sind Thema der aktuellen Folgen unserer [Podcast-Reihe „Bankgeheimnis“](#):

- Dr. Ingrid Hengster, CEO Germany der Barclays Bank, beleuchtet die Auswirkungen auf die Kapitalmärkte ([Folge 47 vom 16. Mai 2025](#)).
- Dr. Felix Hübner, Chefvolkswirt Deutschland von UBS Europe, blickt auf die Implikationen für die Konjunktur in Deutschland ([Folge 46 vom 9. April 2025](#)).
- Professor Jörg Rocholl, Präsident der ESMT, spricht über die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen ([Folge 45 vom 14. März 2025](#)).